

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Suhr und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten
Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften
(PersStruktG – Streitkräfte)
— Drucksachen 10/2887, 10/3439 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag sieht keine Notwendigkeit, die vorgesehenen Maßnahmen zur Veränderung der Personalstruktur in der Bundeswehr zu ergreifen. Er lehnt deshalb die Vorschläge der Bundesregierung ab, 1 200 Berufsoffiziere auf Antrag vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen, um dem Steuerzahler mindestens 560 Mio. DM an Aufwendungen zu ersparen, die dringend im Bundeshaushalt gebraucht werden, um ökologische und soziale Probleme zu lösen.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung,

- daß die vorgesehene Lösung nicht geeignet ist, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu erhöhen, da diese nicht vom vorzeitigen Ruhestand von 1 200 Offizieren abhängt;
- daß die vorgesehene Regelung für eine kleine Gruppe von Berufsoffizieren ungerechtfertigte Privilegien schafft;
- daß sich diese Regelung präjudizierend auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes auswirkt mit ungeahnten Folgekosten für den Bundeshaushalt;
- daß eine Reihe von Offizieren diese Regelung in Anspruch nimmt, um dann unverzüglich auf den von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Arbeitsmarkt zu drängen;
- daß die Regelung nicht – wie behauptet – 652 Mio. DM kostet, sondern von einer Verdoppelung der Kosten auszugehen ist, da durch die Zahl der betroffenen Offiziere von 10 000 (statt 5 000) weitaus mehr Pensionskosten wie vorgesehen entstehen.

Der Deutsche Bundestag rügt insbesondere die Vorgehensweise des Bundesverteidigungsministers, die durch Vorenthalten von Informationen im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung eine ordentliche Beratung unmöglich machte und damit das Parlament mißachtete.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß der Verteidigungsminister eine vorzeitige Zurruesetzung in Anspruch nehmen sollte, da er seinen Aufgaben nicht gewachsen ist.

Bonn, den 12. Juni 1985

Suhr

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion